

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

25 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda: Neue Impulse für ein erfolgreiches Entwicklungsmodell Aus Partnern wurden Freunde

I.

Der Landtag stellt fest:

1. Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda hat sich in den 25 Jahren ihres Bestehens bewährt. Sie wird über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus als Vorbild für partnerschaftliche Entwicklungsarbeit angesehen und von einer bedürfnisorientierten und basisnahen Zusammenarbeit getragen, die mit großer Effizienz die lokalen Strukturen stärkt und die dortigen Lebensbedingungen verbessert. An der Zusammenarbeit haben Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Städte und Kreise, kirchliche Einrichtungen, Vereine und Organisationen sowie Schulen und Universitäten wesentlichen Anteil. Damit konnte gegenseitiges Verständnis für die Menschen beider Länder und ihre Lebensweisen entstehen. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bekamen ein besonderes Bewusstsein für die Probleme in einem der ärmsten Länder Afrikas und wurden so zum ehrenamtlichen Engagement angeregt.
2. Im Jahr 2000 haben sich 189 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen in der UN-Millennium-Erklärung auf acht Entwicklungsziele geeinigt, die bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden sollen. Ziel ist unter anderem, die extreme Armut zu halbieren, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, die Kinder- und Müttersterblichkeit radikal zu reduzieren und jedem Kind auf der Welt eine Grundschulbildung zu garantieren.
3. Um dies tatsächlich erreichen zu können, bedarf es neben verstärkter Anstrengungen aller beteiligten Staaten auch des ganz persönlichen Engagements jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Rheinland-Pfalz geht dabei mit der erfolgreichen Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda mit gutem Beispiel voran. Der Einsatz für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele muss noch verstärkt werden. Das betrifft nicht nur die Politik – genauso wichtig sind das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie die Arbeit der vielen Nichtregierungsorganisationen in Rheinland-Pfalz.
4. Durch den Völkermord in Ruanda haben rund eine Million Menschen ihr Leben verloren. Mehr als 250 000 Mädchen und Frauen wurden Opfer von Vergewaltigungen. In traditionellen Verfahren zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens besteht ein Weg zum nachhaltigen Abbau von Spannungen innerhalb der ruandischen Bevölkerung und dem Aufbau einer Zivilgesellschaft. Viele Menschen in Rheinland-Pfalz haben sich aus dem Partnerschaftsgedanken heraus verpflichtet gefühlt, einen besonderen Beitrag zur Bewältigung der besonderen traumatischen Kriegsfolgen zu leisten. Als erstes Land hat Rheinland-Pfalz nach dem Genozid sein Büro in Kigali wieder besetzt. Dieser Schritt wird von den Menschen vor Ort noch heute als wichtiger Vertrauensbeweis angesehen.
5. Der Landtag ist von der Notwendigkeit und Richtigkeit der mit Ruanda bestehenden Partnerschaft überzeugt. Regelmäßige wechselseitige Besuche in Ruanda

und Rheinland-Pfalz ermöglichen einen direkten Einblick in die jeweiligen Lebensumstände. Regelmäßige Treffen der für die Partnerschaft verantwortlichen Politiker beider Länder helfen, mögliche bestehende Probleme zu beseitigen und den Rahmen für die lebendige und dauerhafte Partnerschaft zu sichern.

Der Landtag betont vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung auf dem Weg zu einer inneren Stabilität und Befriedung des Landes und angesichts der schwierigen Aufgaben der Zukunft die Notwendigkeit einer weiteren Fortsetzung der Partnerschaft.

6. Wichtiger Grundstein für die zunehmende innere Stabilisierung des Landes ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung Ruandas mit der Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an diesem Prozess. Der Beitrag unseres Landes zu dieser positiven Entwicklung ist die Ergänzung des vielseitigen Spektrums der bestehenden Partnerschaft um verstärkt wirtschaftliche Komponenten.

II.

Der Landtag dankt allen Einzelpersonen, Landkreisen, Gemeinden, Universitäten und Schulen, privaten Initiativen, Kirchengemeinden und dem „Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda e. V.“, die gemeinsam mit den ruandischen Partnern vielfältige Projekte umgesetzt haben.

Der Landtag ermutigt die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz, die Gebietskörperschaften, staatliche Verwaltungen und Institutionen, die Wirtschaft und ihre Organisationen sowie Kirchen und private Initiativen, ihre erfolgreichen und wichtigen partnerschaftlichen Aktivitäten weiter fortzusetzen.

III.

Der Landtag bekräftigt seine Bereitschaft, die in der Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landtag Rheinland-Pfalz und der Nationalversammlung der Republik Ruanda vom 6. Februar 2003 enthaltenen Grundlinien einer Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Vertretung der Republik Ruanda, dem mittlerweile gewählten Parlament, bestehend aus Abgeordnetenhaus und Senat, zu verfolgen und zu vertiefen sowie durch eine Weiterentwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit einen Beitrag zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens zu leisten.

Der Landtag unterstreicht, dass wichtige Bestandteile der Zusammenarbeit auf der parlamentarischen Ebene sein können:

- der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern des Landtags Rheinland-Pfalz und des Parlaments von Ruanda,
- die Unterstützung bei der Ausbildung ruandischer Führungskräfte im parlamentarischen Dienst,
- die Beratung bei der Parlamentsarbeit durch Praktika beim Landtag Rheinland-Pfalz und Informationsaustausch über die parlamentarische Arbeit und
- der Austausch von Dokumentationen zwischen den beiden Parlamenten.

IV.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinden, Städte und Kreise, der kirchlichen Einrichtungen, der Vereine und Organisationen sowie von Schulen und Universitäten weiter fortzusetzen.

Dies beinhaltet insbesondere die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren in den Bereichen

- Demokratisierung und Dezentralisierung,
- Ausbau der Infrastruktur,
- Hilfe für Kinder und Jugendliche (u. a. Waisen, Straßenkinder und behinderte Kinder und Jugendliche)
- Grundbildung, berufliche Bildung, Fort- und Weiterbildung,
- Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- Gesundheit,

- Trinkwasserversorgung,
- Förderung von Frauen,
- so genannte einkommensschaffende Maßnahmen,
- erneuerbare Energien,
- Feuerwehr,
- Polizei,
- Justiz,
- Tourismus,
- Unterstützung im Handwerk,
- Zugang zum Weltmarkt sowie Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen,
- Austauschprogramm für Journalisten und
- Förderung des Jugendaustauschs speziell durch die Gründung eines rheinland-pfälzisch-ruandischen Jugendwerks.

Für die Fraktion
der SPD:
Jochen Hartloff

Für die Fraktion
der CDU:
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion
der FDP:
Günter Eymael